

EINLADUNG

47. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung, Informationstechnologie und Gender Mainstreaming

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden.

Sitzungstermin: Dienstag, 11.08.2020, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Minna-Cauer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften der 45. und 46. Sitzung
- 3 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Bezirk und die Investitionsplanung
- 4 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 5 Radplanende mit Priorität einstellen **1453/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Gemeinwohl-Ökonomie in Charlottenburg-Wilmersdorf **1404/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Neue Railjet - Direktverbindung Graz – Wien – Berlin Charlottenburg für den Bezirk nutzen **1373/5**
SPD-Fraktion
- 8 Internetzugänge für Schulen **1472/5**
Bezirksverordnetenvorsteherin (Um o. Ä. angen., HH ffd.)
- 9 Das UCW - Unternehmerinnen Centrum West erfolgreich weiterführen **1454/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 10 Verschiedenes
- 11 ggf. nichtöffentlicher Sitzungsteil
Bericht des Bezirksamtes über Verkäufe/Verkaufsabsichten von Grundstücken und Immobilien

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1453/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Radplanende mit Priorität einstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, unverzüglich die Stellen der Radplanenden neu und höher dotiert auszuschreiben. Zuvor soll das Bezirksamt prüfen, welche Qualifikationen für diese Stellen dringend erforderlich sind und welche Fähigkeiten sich das Bezirksamt auf anderem Weg beschaffen kann. Ziel ist, eine attraktive und wettbewerbsfähige Ausschreibung möglichst bald nicht nur auf der Webseite des Landes Berlin, sondern u.a. in Fahrradfachmagazinen zu veröffentlichen. Zugleich ist zu prüfen, welche Radplanung extern z.B. an die InfraVelo vergeben werden kann,

Der BVV ist bis zum 31.05.2020 zu berichten.

Begründung:

In der erneuten Ausschreibung konnten die offenen Stellen der Radplanenden nicht besetzt werden. Daher muss jetzt mehr investiert werden, um eine attraktive Ausschreibung auf den Markt zu bringen, die Erfolg hat. Da der Bezirk in der Bundeshauptstadt in Konkurrenz mit dem Land Berlin, dem Bund und Unternehmen ist, ist der Wettbewerb umso schwieriger. Die InfraVelo hat 2019 mit Stufe E14 Radplanende gesucht. Es braucht eine bessere Bezahlung und die Festlegung auf die Punkte, die für eine erfolgreiche Radverkehrsplanung im Bezirk unerlässlich ist, um eine attraktive Ausschreibung auf den Weg zu bringen. Diese sollte auch in Fahrradmagazinen veröffentlicht werden. Das Ziel sollte eine rasche Besetzung der Stellen sein, um die Radinfrastrukturplanung im Bezirk in Gang zu setzen. Dafür sollte auch untersucht werden, welche Maßnahmen extern vergeben werden können, damit Projekte umgesetzt werden können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1404/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gemeinwohl-Ökonomie in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in einem Pilotprojekt nach Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie zu arbeiten, mit dem Ziel, eine Gemeinwohl-Bilanzierung zu erstellen.

Das Bezirksamt wird weiterhin beauftragt, über Informationsveranstaltungen das Thema Gemeinwohl-Ökonomie bei Unternehmen und Akteur*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter zu machen. Ziel ist es, Unternehmer*innen als Vorbilder zu gewinnen, die in ihren Betrieben die Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie anwenden und eine Gemeinwohl-Bilanz entwickeln.

Um diese Aufgaben zu bündeln und die Prozesse zu begleiten, sollen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, etwa um externe Beratung zu finanzieren. In einem entsprechenden Fachbereich, etwa der Wirtschaftsförderung, soll das Thema verankert und koordiniert werden.

Begründung:

Schon in der Eingangsformel der 1995 beschlossenen Verfassung von Berlin wird der Wille bekräftigt, „Gemeinschaft und Wirtschaft demokratisch zu ordnen und dem Geist des sozialen Fortschritts (...) zu dienen“. Und in Artikel 31 werden „die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen (...) unter dem besonderen Schutz des Landes“ gestellt. Die Idee einer Wirtschaft, die auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist gesetzlich somit tief verankert.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein Wirtschaftsmodell, das sich nicht allein an der Gewinnorientierung eines Unternehmens orientiert, sondern Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Nutzen des Unternehmens in den Vordergrund stellt. Dabei geht es um Themen wie Transparenz, demokratische Mitentscheidung, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit oder Solidarität. In Ergänzung zur fiskalen Bilanzierung stellt

ein Unternehmen, das nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie arbeitet, eine so genannte Gemeinwohlbilanzierung auf. Im Mittelpunkt der Gemeinwohl-Bilanz stehen Werte wie Menschenwürde, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz sowie demokratische Mitbestimmung in Beziehung zu Anspruchsgruppen (Mitarbeiter, Lieferkette, Geldgeber, etc.).

(<https://www.ecogood.org/de/>)

Auf europäischer Ebene wurde das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) weiterempfohlen: Nach Auffassung des EWSA sollte das Gemeinwohl-Ökonomie-Modell sowohl in den europäischen als auch die einzelstaatlichen Rechtsrahmen integriert werden.

(<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52015IE2060>)

Die zunehmend kommunalwirtschaftliche praktische Relevanz des Gemeinwohl-Ökonomie-Modells, zeigt sich beispielsweise an der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart, in der bereits seit 2016 ein städtisches Programm aufgelegt wurde, um lokale Unternehmen für eine Gemeinwohl-Bilanzierung zu gewinnen. Darüber hat Stuttgart zudem selbst die Bilanzierung von 4 kommunalen Eigenbetrieben vorangetrieben.

(<https://www.stuttgart.de/item/show/659435/1>)

(<https://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/614008>)

Indem die Verwaltung die Initiative ergreift, potenzielle Akteur*innen an einen Tisch zu bringen, sie über Gemeinwohl-Ökonomie zu informieren und für das Thema zu begeistern, kann sie den Anstoß geben für weitere eigenständige Aktivitäten. Miteinhergehen sollte die eigene Bestandsaufnahme in der Verwaltung auch im Sinne einer Vorbildfunktion für die Wirtschaft

Beides, externe wie interne Prozesse, sollen durch eine*n Gemeinwohlberater*in professionell begleitet und verstetigt werden. Mit dem gewonnenen Fachwissen kann sich Charlottenburg-Wilmersdorf als Vorbild etablieren und ggf. auch andere Berliner Bezirke langfristig zum Thema beraten und unterstützen. Zum anderen kann eine positive Bilanz als Marketinginstrument und zur Imagewerbung eingesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1373/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neue Railjet - Direktverbindung Graz – Wien – Berlin Charlottenburg für den Bezirk nutzen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßt die Einführung einer täglichen durchgehenden Bahnverbindung Graz – Wien – Prag – Berlin Charlottenburg durch die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) zum 4. Mai 2020 mit dem „Railjet“.

Das Bezirksamt wird gebeten eine Begrüßung des ersten Zuges im Bahnhof Charlottenburg dazu zu nutzen, unseren Bezirk (neben den Anzeigetafeln in den österreichischen und tschechischen Bahnhöfen) für Tourismus und Wirtschaft bekannt zu machen.

Das Bezirksamt wird aufgefordert zur Stadt Graz und zum Vorstand der ÖBB Kontakt aufzunehmen, damit entsprechendes Material in den Zügen ausgelegt wird und ggf. in einer gemeinsamen Aktion einfließen kann.

Weiterhin wird das Bezirksamt gebeten, bei den Gesprächen mit dem ÖBB Vorstand dafür zu werben, dass sowohl der Railjet als auch der Nachtzug von Berlin Charlottenburg nach Wien und Budapest nach Abschluss der Sanierung des Bahnhofs Zoologischer Garten auch dort halten. Weiterhin sollte der Zug auch in der Gegenrichtung über die Stadtbahn verkehren. Hierzu soll der ÖBB eine strategische Partnerschaft mit der City West angeboten werden.

Der BVV ist bis zum 29.02.2020 zu berichten.

Begründung:

Ziel sollte es sein, dass mehr Bürger*innen aus Graz den klimafreundlichen Zug nach Berlin nutzen und unser Bezirk in Österreich und bei der ÖBB als Potenzial für den Bahntourismus bekannter wird und umgekehrt die Bürger*innen aus Charlottenburg die direkte Zugverbindung bis zu ihrer Haustür für einen Urlaub in Wien, in den Ostalpen und in der Steiermark (auch unter Nutzung der Fahrradmitnahmemöglichkeit zum Muradweg) nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1472/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Internetzugänge für Schulen

Die BVV möge beschließen:

Jede Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf soll mit Internetzugängen ausgestattet sein, die den Schüler*innen erlauben, den im Rahmen des Lernprozesses nötigen Zugang zum Internet zu erhalten.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)Begründung:

Online-Recherche sind immer häufiger Teil des Unterrichts. Schüler*innen, welche nicht über einen mobilen Internetzugang verfügen, sind dadurch häufig benachteiligt. Um diesem Problem entgegenzuwirken, beantragt das KJP CW, dass die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf sicherstellt, dass alle Klassenräume mit Internetzugängen ausgestattet sind., die es Schüler*innen ermöglichen, bei unterrichtsbedingtem Bedarf das Internet auch über eigene Geräte zu erreichen.

Hierbei muss festgestellt werden, dass die Schule im Idealfall Geräte zur Verfügung stellen kann, welche gegenüber privaten Geräten natürlich zu bevorzugen sind. Des Weiteren sind viele Schulen nicht mit ausreichender Internetverbindung ausgestattet, was die Nutzung von bereits vorhandener Unterrichtsstützenden digitalen Medien, wie z. B. Smartboards oder Schul-PCs behindert. Auch diese Problematik würde sich mit dem o.g. Antrag bekämpfen lassen.

Die Möglichkeit für Rechercheaufgaben, einen Computer aufzusuchen, darf bei dieser Betrachtung natürlich nicht außen vorgelassen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1454/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das UCW - Unternehmerinnen Centrum West erfolgreich weiterführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, der BVV ein Sanierungs- und Betreiberkonzept einschließlich Zeit- und Finanzierungsplan für das UCW vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 31.05.2020 zu berichten.